

1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beraten und beschließen:

2 Keine Rolle rückwärts in der Entwicklungspolitik!

3

4 Mit den Millenniums-Entwicklungszielen haben sich die Vereinten Nationen und auch
5 die Bundesrepublik Deutschland zu einer gerechteren Globalisierung bekannt. Die
6 Weltgemeinschaft hat darin beschlossen, bis 2015 den Anteil der Menschen, die in
7 absoluter Armut leben, d.h. von weniger als 1,25 USD am Tag zu halbieren.

8 Obgleich es Fortschritte im Kampf gegen die weltweite Armut gegeben hat, lebt heute
9 noch unge-fähr ein Viertel der Weltbevölkerung (ca. 1,4 Mrd. Menschen) in extremer
10 Armut. Solidarität darf nicht an Landesgrenzen enden. Die Sozialdemokratie setzt sich
11 daher auch für eine internationale Sozialpolitik ein.

12

13 Die Beseitigung extremer Armut ist möglich. Die Ökonomien der Industrieländer sind –
14 trotz Finanz- und Wirtschaftskrise – heute außergewöhnlich leistungsstark: derzeit
15 würde ein minimaler Prozentsatz des Volkseinkommens der Geberländer ausreichen,
16 um die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, bis 2015 zu halbieren. Damit
17 bietet sich die historische Gelegenheit, der weltweiten Armut mit relativ geringem
18 Aufwand effektiv zu begegnen. Jede Verzögerung bedeutet eine Verschärfung des
19 Armutsproblems und eine Erhöhung der Zahl in Armut lebender Menschen.

20

21 Wachsende Armut in der Welt werden kommende Generationen immer stärker zu
22 spüren bekommen:

- 23 • Armut und niedriges Wirtschaftswachstum erhöhen die Wahrscheinlichkeit von
24 Konflikten. Elend und Ungerechtigkeit bringen politische Instabilität, Krieg und
25 Terrorismus hervor. Die Bekämpfung der Armut ist daher auch Gewalt- und
26 Kriegsprävention.
- 27 • Armut zwingt Menschen ihre Heimat zu verlassen. Menschen werden
28 entwurzelt, durch Menschenschmuggler gefährdet und enden häufig wieder in
29 der Armut. Um das Problem der wachsenden Anzahl von Wirtschaftsflüchtlingen
30 zu lindern, müssen die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verbessert
31 werden.

- 32 • Extreme Armut lässt Menschen keine Wahl zwischen umweltfreundlichem und
33 umweltfeindlichem Verhalten. Erfolgreicher globaler Umweltschutz kann nur
34 durch wirksame Armutsbekämpfungsstrategien erzielt werden.

35

36 Mit den Entwicklungsländern trifft die internationale Finanzkrise die Menschen
37 besonders, die am wenigsten zu ihrem Ausbruch beigetragen haben. Die
38 Verschlechterung des Austauschverhältnisses von exportierten und importierten Waren
39 (Terms of Trade), die sinkende Nachfrage in den Industrieländern, Verteuerung von
40 Krediten, Kapitalabfluss und Rückgang von Direktinvestitionen bremsen das Wachstum
41 und werfen Millionen Menschen zurück in die Armut. Durch gestiegene
42 Lebensmittelpreise sind fast 100 Millionen Menschen zusätzlich vom Hunger bedroht.
43 Die Bewältigung der Finanzkrise in den Industrieländern darf nicht zulasten der Ärmsten
44 gehen. Bestehende Zusagen müssen eingehalten werden; das Erreichen der Millennium-
45 Entwicklungsziele muss Ziel staatlichen Handelns bleiben.

46

47 Die Tilgung von Auslandsschulden behindert in hochverschuldeten Entwicklungsländern
48 das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele. Schuldenerlassinitiativen müssen
49 daher Teil der Entwicklungszusammenarbeit sein. Dabei ist jedoch der Tatsache
50 Rechnung zu tragen, dass diese den Entwicklungsländern nicht in gleichem Maße
51 zugute kommen wie direkte Entwicklungshilfeszahlungen.

52 -

53 Auf der Tagung des Rates der Europäischen Union im Mai 2005 in Brüssel haben die
54 Regierungsvertreterinnen und -vertreter einen Stufenplan zur Erhöhung der
55 öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance
56 – ODA) beschlossen. Danach hat Deutschland sich verpflichtet, bis 2010 eine ODA-Quote
57 von 0,56 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) und bis 2015 eine ODA-Quote
58 von 0,7 Prozent des BNE zu erreichen. 2008 betrug der Anteil der Entwicklungshilfe
59 allerdings lediglich 0,38 Prozent des BNE. Es sind daher noch erhebliche Anstrengungen
60 vonnöten.

61

62 Derzeit werden rund 330 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Agrarsubventionen
63 ausgegeben – sechsmal so viel, wie für die gesamte weltweite öffentliche
64 Entwicklungszusammenarbeit. Von den jährlich 45 Milliarden Euro europäischer
65 Agrarsubventionen gehen 6 Milliarden Euro nach Deutschland. Die größten Profiteure
66 sind nicht etwa kleine Agrarbetriebe, sondern industrielle Lebensmittelunternehmen

67 und Eigentümer von Großgütern. In den Entwicklungsländern zerstören
68 Agrarsubventionen Märkte, vernichten Arbeitsplätze und verschärfen die Armut weiter.
69 Die EU-Kommission hat im März 2009 nach eineinhalb Jahren Exportsubventionen für
70 Butter, Käse, Vollmilch und Milchpulver wiedereingeführt – ein Schritt in die falsche
71 Richtung. Die EU sich muss an ihrer Zusage festhalten lassen, die Exportsubventionen
72 bis zum Jahr 2013 auslaufen zu lassen. Die Strukturkrise der europäischen
73 Landwirtschaft darf nicht auf Kosten der Entwicklungsländer gelöst werden.
74 Auch nicht direkt den Export unterstützende Agrarsubventionen sind
75 wettbewerbsverzerrend und führen zu einem Nachteil der Agrarprodukte von
76 Entwicklungsländern auf den europäischen Märkten. Sie bedürfen daher einer
77 ständigen Überprüfung hinsichtlich der mit ihnen angestrebten Ziele.

78

79 Die heute eingesetzten Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit sind
80 außerordentlich leistungsfähig, so etwa die Programmorientierte
81 Gemeinschaftsfinanzierung durch mehrere Geberländer. Zudem herrscht weit gehender
82 Konsens unter den Entwicklungspartnern, welche Verfahren und Instrumente den
83 effektiven Einsatz der Mittel und maximale Teilhabe der Empfängerstaaten
84 sicherstellen können. Diese haben die Partnerländer in der Pariser Erklärung zur
85 Wirksamkeit der Entwicklungshilfe und in der Accra Agenda for Action festgehalten.

86

87 Die SPD muss sich gegen die „Rolle rückwärts“ stemmen, die FDP und Teile der CDU in
88 der Entwicklungszusammenarbeit vollziehen wollen. Entwicklungszusammenarbeit ist
89 keine Außenwirtschaftspolitik.

90

91 **Wir fordern daher die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Bundesminister auf:**

92

93 1. Der EU-Stufenplan zur Entwicklungsfinanzierung, wonach bis 2010 0,56 Prozent
94 und bis 2015 0,7 Prozent des deutschen Bruttonationaleinkommens für
95 Entwicklung bereitgestellt werden soll, muss auch in Zeiten der Finanzkrise
96 eingehalten werden. Schuldenerlasse sollen in dieser Summe nicht beinhaltet
97 sein.

98

99 2. Die Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe und der Accra
100 Agenda for Action muss in den Institutionen deutscher
101 Entwicklungszusammenarbeit schnell und effektiv umgesetzt werden. Das
102 bedeutet insbesondere

103

- 104 - Stärkung der Eigenverantwortung der Partnerländer: Diese sollen eigene
- 105 nationale Entwicklungsstrategien formulieren;
- 106 - Harmonisierung und Vereinheitlichung von Verfahren und Aktivitäten der
- 107 Geberländer, um mehr Transparenz und Effektivität herzustellen;
- 108 - besseres Monitoring und Controlling, um vorhandene Ressourcen effektiver
- 109 einzusetzen.

110

111 3. Deutschland muss sich in der EU gegen die Wiederaufnahme oder

112 Neueinführung von Exportsubventionen stellen und die Abschaffung der

113 Exportsubventionen bis 2013 vorantreiben.

114

115 4. Nicht exportorientierte europäische Agrarsubventionen müssen einer intensiven

116 Prüfung im Hinblick auf ihre Ziele unterzogen werden; sie können legitim sein im

117 Interesse

118

- 119 - der allgemeinen Versorgung der europäischen Bevölkerung mit bezahlbaren
- 120 Lebensmitteln,
- 121 - des Umweltschutzes und des Erhalts der Kulturlandschaft in Europa,
- 122 - der Lebensqualität im ländlichen Raum.

123

124 Der Beschluss ist weiterzuleiten an:

- 125 1. den Juso-Bundeskongress zum Beschluss und zur nachfolgenden Weiterleitung
- 126 an den Bundesparteitag zum Beschluss
- 127 2. den Landesparteitag zum Beschluss und zur nachfolgenden Weiterleitung an den
- 128 Bundesparteitag zum Beschluss